

Welt der Arbeit

Ausgabe 30

www.weltderarbeit.de

7. Juni 2006

WdA im Juni

Der politische Streik wird notwendig

Die Gewerkschaften sind in der Defensive. Es fehlt die gemeinsame Bereitschaft, den politischen Kampf zu verstärken. Und so wird es nach dem DGB-Bundeskongress wohl weiter gehen mit Bekundungen dauernder Gesprächsbereitschaft gegenüber der Bundesregierung, mit Appellen und, schlimmstenfalls, mit Streiks einzelner Gewerkschaften. Ohnehin hat das Wort ‚Einzelgewerkschaft‘ längst den Beigeschmack des Vereinzelten nach dem Motto: Jeder für sich, kaum einer für alle. Deshalb können weder Sozialabbau noch die Not bei Arbeits- und Ausbildungsplätzen wirkungsvoll bekämpft werden. – Darum geht es in dieser WdA. Aber es werden auch andere Fragen behandelt, zum Beispiel: Wie sieht künftig die ‚schöne neue Welt‘ auf der Mattscheibe aus? Warum werden Wegeunfälle zur Privatsache erklärt? Wie kam die Gleichberechtigung ins Grundgesetz und welche Folgen hat(te) das für Arbeiterinnen?

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Der politische Streik wird notwendig

Seite 2

Steueränderungsgesetz 2007, Nachrichten

Seite 3

Die Zukunft des Fernsehens im digitalen Zeitalter

Seite 4

Tarifvertrag für die Zeitarbeitsbranche, Kapitalismus pur, EU-Dienstleistungsrichtlinie

Seite 5

Hungern im Überfluss

Seite 6

Noch mehr Abzocke im System?

Seite 7

Blick zurück: Der Kampf ums Selbstverständliche

Seite 8

Wer nicht ausbildet, muss zahlen, Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Seite 9

Die Herren des Geldes wollen mehr, Buchtipp, Kommentar, Impressum

Ein neuer DGB wollte sich auf seinem Bundeskongress der Öffentlichkeit präsentieren. Mit überzeugenden Argumenten sollte die gesellschaftspolitische Zukunft diskutiert werden. Doch die Hoffnungen wurden enttäuscht. Vertrauen in die eigene Kraft und in eine gemeinsame Führung der acht Einzelgewerkschaften mit dem DGB wurde nicht vermittelt.

Michael Sommer hat in seiner Grundsatzrede die soziale und ökonomische Entwicklung zutreffend analysiert und kommentiert. Seine Kritik und seine Forderungen an Politik und Kapital waren notwendig und richtig. Aber welche Konsequenzen wollen die Gewerkschaften ziehen, wenn wesentliche Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter abgebaut und die brutale neoliberale Politik fortgesetzt werden? Verhandlungen, Demonstrationen und Proteste werden nicht reichen, wenn es um Mindestlohn, Rente, Kündigungsschutz, Gesundheitsreform und grundsätzlich um mehr Gerechtigkeit geht. Welche Strategie haben die Gewerkschaften, um das Scheitern ihrer Forderungen mit den Mitteln des politischen Kampfes zu verhindern?

Es geht längst nicht mehr nur um gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht in Tarifaueinsetzungen. Die koordinierte Politik der Konzerne und Unternehmerverbände richtet sich gegen elementare Bedürfnisse der Mehrheit des Volkes, nämlich gegen den Sozialstaat und gegen die Perspektiven der Jugend. Da reicht Kritik nicht aus! Die Gewerkschaften müssen auch den politischen Streik auf ihre Agenda setzen. Wenn er in anderen Ländern der Europäischen Union zulässig ist, kann er in Deutschland nicht verboten sein.

Wie tief der Riss zwischen der SPD und großen Teilen der Ge-

werkschaften tatsächlich ist, zeigten die Reaktionen und Proteste vieler Delegierter zum fast einstündigen „Grußwort“ von Arbeitsminister Müntefering. Er plädierte nachdrücklich für das Machbare in der Politik. Aber wer entscheidet darüber, was machbar ist? Tatsache ist: Die Politik wird dominiert von Kapitalinteressen und der erpresserischen Formel: Kapital geht vor Arbeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit vor sozialer Sicherheit. Die Politik hat sich diesem ökonomischen Terror längst unterworfen.

Die Gewerkschaften verlieren an Macht, weil sie sich in wesentlichen Fragen nicht einig sind. Das trifft beim Mindestlohn ebenso zu wie bei der Arbeitszeitpolitik. Kritisiert werden die Forderungen der Unternehmer nach Arbeitszeitverlängerungen; doch kollektive Lösungsstrategien zur notwendigen Arbeitszeitverkürzung müssen erst noch entwickelt werden. Und auch in den strategischen Grundsatzfragen gibt es in den Gewerkschaften keine klare Position. So zitiert die *Süddeutsche Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 26. Mai 2006 den Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt, wie folgt: „>Wir sollten das Angebot der Kanzlerin aufgreifen, uns an der Gestaltung des Reformprozesses zu beteiligen<, sagte er im Gespräch jenseits der Podien. Aus der Erfahrung mit der Agenda 2010 solle der DGB lernen: Totalopposition führe nur dazu, dass man nicht dabei sei. >Ich will das nicht<, sagt Schmoldt.“ Vielleicht ist auch das eine Erklärung dafür, dass viele aktive Gewerkschafter auf Distanz zu ihrem Führungspersonal gehen. Die unsäglichen Querelen bei den Vorstandswahlen haben dem Ansehen der Gewerkschaften schwer geschadet. So wenig Zustimmung gab es noch nie.

Franz Kersjes

Steueränderungsgesetz 2007

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2007 verabschiedet. Darin werden unter anderem die Halbierung des Sparerfreibetrages und die Kürzung der Entfernungspauschale geregelt. Der Staat kassiert insgesamt bis zu 5,4 Milliarden Euro jährlich.

Sparerfreibetrag

Der Sparerfreibetrag soll von 1.370 auf 750 Euro für Ledige und von 2.740 auf 1.500 Euro für Verheiratete gesenkt werden. Das heißt, künftig werden Steuern auf Zinsen ab einem deutlich niedrigeren Betrag fällig.

Entfernungspauschale

Die Bundesregierung hat sich für einen Systemwechsel entschieden. Nach dem Grundsatz: Arbeit beginnt erst am Werkort werden ab Januar 2007 Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte generell keine Werbungskosten mehr sein. Die Kostenpauschale von 30 Cent je Entfernungskilometer wird nur noch für Strecken oberhalb von 20 Kilometern (wie Werbungskosten) steuerlich berücksichtigt. Die Kürzung soll dem Staat 2007 rund 1,27 Milliarden Euro und ab 2008 etwa 2,5 Milliarden Euro einbringen.

Wegeunfälle als Privatsache

Zusätzliche Konsequenz der Pauschalen-Kürzung: Unfälle auf dem Weg zur Arbeit werden künftig steuerlich als Privatsache behandelt. Steuerexperten und Juristen sehen darin erhebliche verfassungsrechtliche Probleme. Der Präsident des Finanzgerichtstags, Jürgen Brandt, äußerte Zweifel, „ob das rechtlich in Ordnung ist“. Der Bundesver-

band der Lohnsteuerhilfevereine kündigte an, gegen die Kürzung der Entfernungspauschale „durch alle Instanzen bis hin zum Bundesverfassungsgericht“ zu klagen. Stein des Anstoßes ist das „Werkstorprinzip“, demzufolge Aufwendungen für den Arbeitsweg Privatsache und damit steuerlich irrelevant sind.

Autofahren wird teurer

Alle steuerlichen Maßnahmen der großen Koalition, einschließlich der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte, werden die Autofahrer nach Berechnungen des ADAC mit weiteren sechs Milliarden Euro belasten. Das ergebe sich aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent, Einschränkungen bei der Entfernungspauschale, aus einer neuen Steuererhebung auf Bio-Kraftstoffe sowie der Anhebung der Versicherungssteuer. Die steuerlichen Maßnahmen der Bundesregierung dürften zu Beginn des kommenden Jahres vermutlich Benzin um rund 8 Cent je Liter verteuern und Diesel um 6 Cent.

Das Steueränderungsgesetz 2007 ist ein Desaster für die Betroffenen und für die Konjunktur.

Nachrichten

DGB-Aktion: Für die Gewerkschaften sind die Menschen, die im Hintergrund unverzichtbare Arbeit für das Fußballfest in Deutschland leisten, genauso wichtig wie die Spieler auf dem Rasen. Deshalb hat der DGB sein Informationsangebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestartet und eine Telefon-Hotline eingerichtet. Wie viele Überstunden muss ich ma-

chen? Darf ich ein Radio mit zum Arbeitsplatz nehmen? Bekomme ich noch kurzfristig Urlaub? Die Hotline ist von Montag bis Samstag von 7 bis 22 Uhr zum Ortstarif unter 01801 / 44 22 88 erreichbar. Im Internet bietet der DGB Informationen der etwas anderen Art, darunter über die Teilnehmerländer; er lässt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihren aufregenden Arbeitstagen hinter den Kulissen berichten und stellt Projekte wie „My Way – Fair Play“ der Gewerkschaft der Polizei vor:

www.wm.dgb.de

Weniger Politik: Fernsehnachrichten werden immer unpolitischer. Dies ist das Ergebnis einer Langzeitstudie, die von der Landesanstalt für Medien (LfM) in NRW in Auftrag gegeben wurde. Die zwölf Jahre (1992 bis 2004) umfassende Analyse von über 3.000 deutschen Hauptnachrichten-Sendungen offenbart einen Anstieg von unpolitischen Themen in der Berichterstattung. Besonders stark ist dieser bei SAT.1 und beim ZDF zu erkennen. Behandelten Nachrichtensendungen im Jahr 1992 noch zu 60 Prozent politische Themen, waren es 2004 nur noch 38 Prozent. Immer häufiger bestimmen so genannte Boulevard-Themen (Prominente; Bunte, etc.) die Inhalte.

www.lfm-nrw.de

TV-Geschäft: Die Deutsche Telekom und der Bezahlsender Premiere wollen künftig in einer strategischen Partnerschaft Bundesligafußball live und per Internet auf die TV-Bildschirme bringen. Dafür investiert die Telekom zurzeit in zehn deutschen Großstädten Milliarden in ein neues Hochgeschwindigkeitsnetz, das zum Start in die neue Bundesligasaison am 11. August rund drei Millionen Haushalte versorgen kann.

Die Zukunft des Fernsehens im digitalen Zeitalter

Neue Geschäftsmodelle oder publizistische Vielfalt?

Die Machtverhältnisse werden auf den Medienmärkten zurzeit neu geordnet. Mit der Digitalisierung des Fernsehens hat ein neues Zeitalter begonnen. Die Programme werden künftig verschlüsselt und nur noch gegen Entgelt zu empfangen sein. Mit neuen Geschäftsmodellen sollen die Zuschauer abkassiert werden. Medienkonzerne, Internetfirmen und Telekommunikationsunternehmen wittern gigantische Umsätze und Gewinne.

Etwa 6,3 Millionen deutsche Haushalte empfangen derzeit ihre Fernsehprogramme digital von einem Astra-Satelliten. Schon vom kommenden Jahr an wollen die Satellitenbetreiber alle Fernsehprogramme nur noch verschlüsselt liefern. Dann werden in den meisten Haushalten Kosten nicht nur für neue Gebühren anfallen, sondern auch für neue Geräte zur Entschlüsselung der Programme. Besitzen die Kunden erst einmal solche Decoder, ist es bis zum Pay-TV nicht mehr weit. Dann werden komplette Programme oder einzelne Sendungen nur noch gegen zusätzliche Gebühren empfangbar sein. Der neue Decoder wird knapp unter hundert Euro kosten. Die monatlichen Gebühren sollen bei maximal fünf Euro liegen. Auch die Kabelnetzbetreiber wollen künftig alle Programme verschlüsseln. Ihre Kunden müssen dann für die Entschlüsselung ebenfalls bezahlen.

Neue Werbestrategien

Die Fernsehsender RTL, Sat.1 und Co. sollen angesichts sinkender Werbeeinnahmen an den Erlösen der Kabel- und Satelli-

tenbetreiber beteiligt werden. Die Netzbetreiber können künftig auch mühelos das Seh- und Konsumverhalten ihrer Kunden feststellen. Der „gläserne Zuschauer“ wäre die Folge. Spätestens dann ist der Datenschutz gefordert. Medienkonzerne und Werbewirtschaft fordern die Befreiung von engen Werberichtlinien und die Abschaffung des Blockwerbegebots im Fernsehen. Werbespots sollen künftig flexibel in Programmabläufe integriert werden.

Digitales Antennenfernsehen

ARD und ZDF verweigern grundsätzlich die geplante Verschlüsselung ihrer Programme. Sie wollen frei empfangbar bleiben. Allerdings zahlt der Kabelkunde für die Freischaltung der öffentlich-rechtlichen Programme auch heute bereits eine Gebühr. Eine Alternative für den Empfang ihrer Programme sehen ARD und ZDF im digitalen terrestrischen Fernsehen (DVB-T). Sie haben sich von Anfang an für den Ausbau des digitalen Antennenfernsehens stark gemacht. Es stellt eine zukunftsfähige und für die Zuschauer kostengünstige Alternative zu Kabel und Satellit dar.

Internet-Fernsehen

Neben Kabel und Satellit soll künftig auch das Internet zur Verbreitung von Fernsehprogrammen verstärkt genutzt werden. Zurzeit gibt es in Deutschland etwa 200 Sender im Internet, die mit unterschiedlichem Erfolg auf dem Markt sind. (z. B. www.ksta-tv.de, www.center.tv, www.filmguide-tv.com, www.travelguide-tv.com). Vor allem junge Leute wollen unabhängig von den Sendezeiten der Fernsehveranstalter die TV-

Programme individuell nutzen. Life-Streaming und Sendungen zum Abruf oder als Download sind relativ neue Wege zur Programmverbreitung. Auch diese Möglichkeiten sind in Kürze nicht mehr kostenlos. Ab 1. Januar 2007 muss für Computer mit Internet-Anschluss wahrscheinlich die Rundfunkgebühr von monatlich 17,03 Euro gezahlt werden, sofern im jeweiligen Haushalt nicht bereits ein Empfangsgerät angemeldet ist. Betroffen sind davon vor allem Freiberufler und Selbstständige. Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) rechnet mit jährlichen Mehreinnahmen von 30 Millionen Euro.

Mit der Übertragung von Fernsehprogrammen über das Internet auf den Fernseher wird künftig ein vierter Weg angeboten. Die deutsche Telekom hat mit Milliarden-Investitionen für ein neues VDSL-Hochgeschwindigkeitsnetz bereits begonnen. Fachleute erwarten, dass sich das Internetfernsehen in den kommenden Jahren zu einer ernsthaften Konkurrenz für die Anbieter von Kabel- und Satellitenfernsehen auswächst. In Italien und Frankreich ist das bereits der Fall.

Meinungsvielfalt sichern

Mit der Verschlüsselung von Fernsehprogrammen wollen die Medienkonzerne künftig noch mehr Profite erwirtschaften. Im Zusammenhang mit der totalen Kommerzialisierung ist vor allem zu prüfen, wie die Meinungsvielfalt gesichert werden kann. Dazu ist eine neue Medienordnung erforderlich. In wenigen Jahren wird nichts mehr so sein wie bisher. K.

Tarifvertrag für die Zeitarbeitsbranche

Die DGB-Tarifgemeinschaft hat mit dem Bundesverband Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen einen Tarifvertrag zur Regelung von Mindestarbeitsbedingungen für Beschäftigte der Branche abgeschlossen. Ziel des Vertrages ist, die Regelung „im Interesse eines fairen Wettbewerbes“ mit Hilfe des Arbeitnehmerentsendegesetzes für allgemeinverbindlich zu erklären.

Das Mindesteinkommen liegt vom 1. Juli 2006 an bei 7,00 Euro und steigt in zwei Stufen bis zum 1. Januar 2008 auf 7,31 Euro. In den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wurde als Mindesteinkommen 6,10 Euro vereinbart. Dort steigt der Mindestlohn im gleichen Zeitraum auf 6,36 Euro.

Der Tarifvertrag tritt zum 1. Juli 2006 in Kraft. Er soll aber laut Vertrag erst dann „Wirkung entfalten“, wenn „die Arbeitnehmerüberlassung in den sachlichen Anwendungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes aufgenommen wird“. Der DGB appelliert nun an die Große Koalition, „die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend zu gestalten“. Ohne eine Festlegung der Mindestarbeitsbedingungen in Deutschland „droht aufgrund der Wettbewerbssituation in Europa sonst ein freier Fall der Löhne und Sozialstandards“. *(aus einer DGB-Presseerklärung v. 31.05.06)*

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Nach jahrelangen Debatten haben sich die verantwortlichen Minister der 25 EU-Staaten auf Regeln zur Öffnung der Dienstleistungsmärkte verständigt. Im Herbst muss sich das EU-Parlament dazu äußern. Dann haben die EU-Staaten drei Jahre Zeit, das Gesetz im nationalen Recht zu verankern. Der DGB sieht dringenden Nachbesserungsbedarf und nahm deshalb in einer Presseerklärung zur Richtlinie Stellung:

Nach der Einigung der EU-Wirtschaftsminister über die Dienstleistungsrichtlinie erwartet der Deutsche Gewerkschaftsbund, dass das Europäische Parlament weitere Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzt. „Ich begrüße es außerordentlich, dass die ursprünglich vorgesehene Einführung des Herkunftslandprinzips vom Tisch ist“, sagte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer.

Unklarheiten bestehen aus Sicht der Gewerkschaften insbesondere bei den „Diensten von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“, dem Bildungssektor sowie in der Frage von Kontrollen und Sanktionen. „Es wäre gut, die Abgeordneten würden bei der Beratung im Herbst in diesen Punkten für mehr Klarheit sorgen und dabei die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärker berücksichtigen“, so der DGB-Vorsitzende. Das Parlament habe nach seiner ersten Beratung wesentlich präzisere Vorgaben gemacht, wie die Einhaltung der Richtlinie durch Aufsichtsbehörden garantiert werden soll, beklagt der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Die Wirtschaftsminister hingegen haben in diesem Punkt den Gegnern eines sozial regulierten europäischen Dienstleistungsmarktes zu weit reichende Zugeständnisse gemacht, sagte Michael Sommer. So sollen etwa nationale Anforderungen über die Wettbewerbsbehinderung verstärkt auf den Prüfstand gestellt werden. „Diese Vorgabe lehnen wir ab“.

Kapitalismus pur

Lizenz zum Gelddrucken: Hedge-Fonds-Manager haben offenbar eine Lizenz zum Gelddrucken. James Simons, der Gründer von Renaissance Technologies, kassierte im vergangenen Jahr 1,5 Milliarden Dollar. Ihm folgt Boone Pickens mit 1,4 Milliarden Dollar. Das Gehalt dieser beiden Manager übersteigt sogar das Volkseinkommen von Mauritien oder der Mongolei. Auf Platz drei findet sich George Soros mit 840 Millionen Dollar. Im Schnitt stiegen die Gehälter von 26 Top-Managern 2005 um 45 Prozent.

Militärausgaben: Die Rüstungsausgaben sind in den vergangenen Jahren weltweit deutlich gestiegen. Wie das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) in seinem jüngsten Jahresbericht feststellt, haben diese Ausgaben im Jahr 2004 eine Billion US-Dollar erreicht. Damit sind die Rüstungsaufwendungen von 2001 bis 2004 um rund 18 Prozent gestiegen. Als Spitzenreiter im Rüstungsgeschäft stehen einmal mehr die USA auf dem Plan, die nahezu die Hälfte aller Militärausgaben weltweit bestritten. Im Zeitraum zwischen 2001 und 2004 steigerten die USA ihre Militärausgaben von 324 Milliarden auf 455 Milliarden Dollar, was eine Zunahme von nahezu 30 Prozent ausmacht.

Commerzbank: Zur Steigerung der Renditen will die Bank im Kreditgeschäft und im IT-Bereich in diesem Jahr 900 Mitarbeiter/innen entlassen.

60 Jahre Kinderhilfswerk UNICEF

Hungern im Überfluss

852 Millionen Menschen hungern. Dieser erschreckenden Zahl stellt die Welternährungsorganisation (FAO) die Tatsache gegenüber, dass auf der Welt genug Lebensmittel für zwölf Milliarden Menschen produziert werden. Nahrungsmittel gibt es also mehr als genug – Überfluss auf der einen und Hunger auf der anderen Seite. Es fehlt jedoch der politische Wille, für zwei Freiheiten zu kämpfen: die Freiheit von Hunger und die Freiheit von Krankheiten.

Finanzierung durch Spenden

Kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde von der UNO das Kinderhilfswerk UNICEF gegründet. Heute setzt sich die weltweit bekannteste Kinderrechtsorganisation mit mehr als 7.000 Mitarbeitern in 160 Ländern für die soziale und medizinische Grundversorgung der ärmsten Kinder ein und leistet Nothilfe in Krisengebieten. Gleichzeitig tritt UNICEF für bessere politische Rahmenbedingungen für Kinder ein. Die Organisation finanziert sich überwiegend aus Spenden. Knapp zwei Milliarden Dollar wurden im Jahr 2004 gesammelt. Das ist kaum ein Zehntel des bundesdeutschen Militärhaushalts. Nur sieben Millionen Euro steuert die Bundesregierung für UNICEF bei; aus den USA kamen 254 Millionen Dollar und aus Japan 145 Millionen. Rund 70 Millionen Euro wurden in Deutschland durch private Spenden aufgebracht.

Aus Anlass des 60. Gründungsjahrestages weist UNICEF darauf hin, dass weltweit schätzungsweise einer Milliarde Kindern und Jugendlichen wesentliche Dinge zum Überleben und zu

ihrer Entwicklung fehlen – das ist fast jeder zweite Heranwachsende auf der Erde. So sterben bis heute jedes Jahr etwa 10,6 Millionen Kinder in den Entwicklungsländern, weil sie unzureichend ernährt sind, kein sauberes Wasser haben und ohne Gesundheitsversorgung aufwachsen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen wären ca. 40 bis 70 Milliarden Dollar jährlich nötig, um die Kinder- und Müttersterblichkeit drastisch zu senken, allen Kindern einen Schulabschluss zu ermöglichen, die Wasserversorgung zu verbessern und die Ausbreitung von Aids einzudämmen.

Mehr als zwei Billionen Dollar haben die Industrieländer in den vergangenen 50 Jahren für Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt. Aber für die Hunger- und Armutsbekämpfung haben diese Mittel kaum etwas gebracht. Im Gegenteil: Die Entwicklungsländer sind in eine verheerende Abhängigkeit von den Nahrungsmittelproduzenten der reichen Länder geraten. Sie müssen gemeinsam rund elf Milliarden Dollar aufwenden, um Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt einzukaufen.

Subventionierte Armut

Die Gründe für die Abhängigkeit der armen Länder liegen in den gigantischen Überschüssen der Nahrungsmittelproduktion der Konzerne und Großunternehmen. Ob durch Exportsubventionen und Exportkredite als direkte Exportförderinstrumente oder durch indirekte Exportförderung - die Industrieländer setzen weiterhin massiv Mittel zum verbilligten Absatz ihrer Agrarerzeugnisse auf dem Weltmarkt ein. So gelangen subventionierte Überschüsse konkurrenzlos auf die Märkte der Entwick-

lungsländer, wo sie die inländischen Agrarprodukte verdrängen. Die milliardenschweren Exportsubventionen der reichen Länder haben eine armutsverschärfende Wirkung auf die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern.

Monopole gegen das Leben

Über die Hälfte der Erwerbsfähigen arbeitet in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer. Gleichzeitig leben 70 Prozent der Armen und Hungernden dort, wo Lebensmittel produziert werden. Aber gerade in Ländern, in denen ein großer Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt, ist das Problem der Unterernährung am größten. In Brasilien beispielsweise, einem extrem reichen Agrarland, hungern 44 Millionen Menschen, das sind 25 Prozent der Bevölkerung. Die Ursachen für solche Zustände sind vor allem in den internationalen Rahmenbedingungen zu suchen.

Konzerne und Großindustrie, unterstützt durch riesige Subventionen der nationalen Regierungen, haben nur ein Ziel: Profit! Profit! Profit! Fast täglich reden Politiker vom notwendigen Freihandel und vom freien Markt. Aber was wir erleben ist ein Konzentrationsprozess hin zur Monopolisierung. Konzerne wollen keinen Markt, sie beherrschen den Markt! Sie diktieren den Entwicklungsländern die Preise. Die armen Länder dieser Welt müssen sich aus dieser Umklammerung befreien. Dazu brauchen sie Rahmenbedingungen, die ihnen die Nutzung der eigenen Landwirtschaft ermöglichen. Bislang jedoch sind Profite wichtiger als Menschenleben.

Franz Kersjes

Höhere Steuern sollen die Gesundheit retten

Noch mehr Abzocke im System?

Ihre für dieses Jahr angekündigten großen Änderungen in der Gesundheitspolitik will die Bundesregierung noch vor der parlamentarischen Sommerpause präzisieren. Geplant ist eine Erhöhung auf der Einnahmenseite. Die Ausgabenseite scheint vernachlässigt zu werden.

Vor zwei Jahren hatte die rot-grüne Regierung ein so genanntes Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) verabschiedet, das den Versicherten die Hauptlast auferlegte mit dem Versprechen, bald spürbar die Beiträge zu senken. Von Beitragssenkung bis heute keine Spur, im Gegenteil, die Versicherten mussten 0,45 Prozentpunkte, die den Unternehmen erlassen wurden, zusätzlich schultern. Das Gesundheitssystem sollte effizienter und qualitativ besser gestaltet, die Arzneimittelpreise sollten gedrückt und der Wettbewerb zwischen den Kassen angeregt werden. Nichts ist wirklich an Kosten eingespart worden.

Steuern und Profite zu hoch

Laut Presseberichten fehlen allein im kommenden Jahr acht bis zehn Milliarden Euro. Bezahlen sollen das vor allem die Versicherten. Allein die Mehrwertsteuererhöhung belastet die Krankenkassen von 2007 an mit rund 800 Millionen Euro. Der Fiskus kassiert bei Medikamenten zurzeit 16 und künftig 19 Prozent Mehrwertsteuer. Bei Blumen und Katzenfutter begnügt sich der Staat mit einem Steuersatz von sieben Prozent – warum nicht auch bei Arzneimitteln? Das würde die gesetzliche Krankenversicherung um rund 2,8 Milliarden Euro im Jahr entlasten.

In Deutschland arbeiten rund 15.000 Pharmavertreter. Sie haben vor allem das Ziel, Ärzte dazu zu bewegen, möglichst viele und teure Medikamente zu verordnen. 2005 gaben die Krankenkassen 25,4 Milliarden Euro für Arzneimittel aus – 3,6 Milliarden Euro mehr als ein Jahr zuvor. Seit April 2006 gelten neue Höchstpreise, so genannte Festbeträge. Den Rest muss der Patient nun aus eigener Tasche zahlen.

Anfällig für Korruption

Die Unterhändler der beiden Regierungsparteien verhandeln zurzeit auf Regierungs- und Parlamentsebene die neue Gesundheitsreform. Zur gleichen Zeit legt die Anti-Korruptions-Organisation *Transparency International* (TI) ihren Report über „Korruption im Gesundheitswesen“ vor. Darin heißt es u.a.: „Betrug, Verschwendung und Korruption im Gesundheitswesen haben sich in Deutschland im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlichen Wirtschaftswachstums in die Strukturen unseres auf Länderebene organisierten Gesundheitswesens regelrecht eingefressen. Der einzelne Arzt, Zahnarzt oder Apotheker, der einzelne Versicherte, der einzelne Anbieter von Waren und Dienstleistungen kann sie – auch bei großer Anstrengung – angesichts der Marktmacht der einschlägigen Industrie und ihrer Verbände und angesichts der intransparenten, verkrusteten Strukturen von Selbstverwaltung und staatlicher Aufsicht kaum durchschauen, geschweige denn verändern. Die dadurch jährlich entstehenden Verluste werden auf einen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt. Zu lange hat die Politik der Wirtschaft

nachgegeben, statt ihr einen Rahmen zuzuweisen, und zu lange hat sie die öffentlich-rechtlichen Körperschaften des Gesundheitswesens auf der Länderebene sich selbst überlassen, statt nach einem für alle verbindlichen Kontrollinstrumentarium zu suchen.“

Die anhaltende öffentliche Debatte über notwendige Veränderungen im Gesundheitssystem ist auch belastet durch so genannte Sachverständige, die in Fernseh-Talkshows und Interviews Ratschläge erteilen. Der Freiburger Professor Bernd Raffelhüschen ist zum Beispiel als Experte in Medien, Regierungskommissionen und Vortragsveranstaltungen allgegenwärtig. Er vertritt nachdrücklich den Standpunkt, die Alters- und Krankenversicherung sollte großteils in die private Verantwortung übergehen.

Profitable Beratung

Damit wäre die Versicherungswirtschaft der große Nutznießer eines Systemwechsels. Neben der Allianz-Versicherung wäre das zum Beispiel auch die Ergo-Versicherungsgruppe. Raffelhüschen ist dort Mitglied des Aufsichtsrates. Seine Mitglieder bekommen eine variable Vergütung, die vom Unternehmensgewinn abhängig ist. Der Konzerngewinn wurde 2005 auf 782 Millionen Euro verdreifacht.

Eine *Gesundheitsreform*, die diesen Namen verdient, muss die Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Interessen, Technik, Forschung, Arzt und Patient auf neue Grundlagen stellen. Es darf nicht weiter gehen wie bisher!

–es.

Blick zurück: Elisabeth Selbert**Der Kampf ums Selbstverständliche**

Männer und Frauen sind gleichberechtigt - das ist doch selbstverständlich, also nicht der Rede wert. So denken viele junge Leute und wundern sich, wenn sie erfahren, dass es, historisch gesehen, noch nicht lange her ist, seit diese Aussage Eingang ins Grundgesetz fand. Und schließlich mag kaum einer unter den Jüngeren glauben, dass der Kampf um diese schlichte Aussage zeitweilig sogar aussichtslos erschien. Dass er dennoch gewonnen und „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ ein unveräußerliches Grundrecht wurde, ist der Kompetenz und der Standhaftigkeit einer einzigen Frau zu danken: der Juristin Elisabeth Selbert. Sie starb kurz vor Vollenendung ihres neunzigsten Lebensjahres am 9. Juni 1986.

Sie war die erste ihrer Herkunftsfamilie, die studierte – nach (in dieser Reihenfolge!) Berufstätigkeit als Postgehilfin, Heirat, Geburt zweier Söhne und spätem externen Abitur. Ihre Doktorarbeit schrieb die am 2. September 1896 in Kassel geborene Juristin 1930 über „Zerrüttung der Ehe als Scheidungsgrund“, ein Prinzip, das erst in den Siebzigerjahren Eingang in die Gesetzgebung fand. 1934 war Elisabeth Selbert eine der letzten Frauen, die unter den Nazis noch zur Anwaltschaft zugelassen wurden. Mit „unpolitischen Sachen“, wie sie sagte, ernährte sie fortan die Familie; denn ihr Mann war als Sozialdemokrat 1933 aus dem Öffentlichen Dienst entlassen worden.

1945 herrschte Mangel an politisch unbelasteten Menschen. Elisabeth Selbert, Sozialdemokratin auch sie, gehörte dazu. Sie eröffnete ihre kriegszerstörte

Kanzlei erneut und wurde sofort politisch aktiv: Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung in Hessen, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Mitglied des Hessischen Landtags. In Erinnerung geblieben ist sie im Wesentlichen aber als eine von vier ‚Müttern des Grundgesetzes‘, das ansonsten 61 ‚Väter‘ hatte: 1948/49 wurde Elisabeth Selbert in den Parlamentarischen Rat gewählt, der das Grundgesetz für die damals noch gar nicht existierende Bundesrepublik Deutschland zu erarbeiten hatte. Trotz ihres Kampfs für die Gleichberechtigung war sie nie eine Feministin. Mit der Frauenbewegung der Siebzigerjahre konnte sie nichts anfangen; und so hatte diese Elisabeth Selbert und ihre Verdienste auch gründlich vergessen.

Zu ihrem außergewöhnlichen Engagement für die Gleichberechtigung kam Elisabeth Selbert während der Diskussion um die Grundrechte im Parlamentarischen Rat. Niemand dort teilte ihre Überzeugung, nach der Frauen und Männer die gleichen Rechte haben und dies ohne Einschränkung auch so formuliert werden müsse. Es gab im Rat nicht einmal eine ‚Frauenfraktion‘, die Selbert gestützt hätte. Es wurden Gummi-Formulierungen und Ausnahme-Rechte diskutiert, darunter: „Das Gesetz muss Gleiches gleich, Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln.“ Andere wollten den Frauen nur „die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ zugestehen. Auch eine Aufnahme der Forderung nach Lohngleichheit wurde diskutiert. So wichtig diese Forderung heute noch ist – Elisabeth Selbert war

aus guten Gründen „gegen jede Katalogisierung“. Schließlich mobilisierte sie die weibliche Öffentlichkeit. „Wie ein Wanderprediger bin ich von Versammlung zu Versammlung gefahren und habe den Frauen erzählt, was für eine Art Ausnahme-gesetz sie zu erwarten hätten...“ Daraufhin erhielt der Parlamentarische Rat „waschkörbeweise Protestschreiben“, Gutachten und Resolutionen selbst von konservativen Frauenverbänden. „Plötzlich“, so Selbert, „war der Umschwung da“ – zuerst allein bei den SPD-Abgeordneten, dann bei der Ratsmehrheit. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ wurde als Abs. 2 von Art. 3 GG beschlossen, dazu Art. 117, der vier Jahre Zeit zur Anpassung aller Gesetze vorsah. Der Bundestag ließ sie jahrelang verstreichen, bis der öffentliche Druck zu groß wurde...

In den Siebzigerjahren fand mit Unterstützung der IG Druck und Papier der erste große Frauenstreik statt, gefolgt von Arbeitsgerichts-Prozessen durch alle Instanzen. Die inzwischen legendären Heinze-Frauen (so benannt nach dem Laborbetrieb, in dem sie arbeiteten) kämpften gegen Lohndiskriminierung. Sie beriefen sich auf Art. 3 GG, besonders auf die Absätze 2 und 3, die die Gleichberechtigung und das Benachteiligungsverbot formulieren; es gab aber auch schon einschlägiges EG-Recht. Die Heinze-Frauen brauchten ein sehr langem Atem, Mut und Solidarität. Am Ende standen sie vor dem Bundesarbeitsgericht – und gewannen. *Anna Riedel*

(Die Zitate entstammen einer Selbert-Kurzbiographie von Antje Dertinger)

Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

„Wer die Ausbildung in Deutschland erhalten will, muss schnell und entschlossen handeln“, fordert der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke angesichts der aktuellen Ausbildungszahlen. Die Bilanz sei erwartungsgemäß dramatisch. Derzeit fehlen nach seinen Angaben mehr als 270.000 betriebliche Ausbildungsplätze.

Vorschläge aus Politik und Wirtschaft zur Senkung der Ausbildungsvergütungen seien kontraproduktiv. „Die Ausbildungsvergütung für Friseurin beträgt derzeit durchschnittlich 260 Euro, eine Verkäuferin bekommt etwa 550 Euro. Was soll da noch abgesenkt werden, wenn ein junger Mensch von diesem Geld seine Lebenshaltungskosten bestreiten muss“, kritisierte Werneke.

In den vergangenen Jahren seien bereits zahlreiche Erschwernisse für Auszubildende vorgenommen worden. So seien die Probezeit für Auszubildende verlängert sowie Vor- und Nachbereitung des Berufsschulunterrichtes reduziert worden. Die Qualifizierung von Ausbildern sei zudem gestrichen worden.

„Statt dieser Hürden brauchen wir ein zukunftsfähiges Ausbildungssystem, in dem junge Menschen eine Grundlage für ihr späteres Berufsleben legen können“, betonte Werneke. Unternehmen, die ausbilden wollen, müssten dabei unterstützt werden. Wer auf eigene Ausbildung von Fachkräften verzichte, müsse sich im Rahmen einer Ausbildungsumlage beteiligen. Nur so könnten Qualität und Quantität des Ausbildungssystems

und die Grundlage für gut ausgebildete Nachwuchsfachkräfte gewährleistet werden.

Tatsache ist: Über die Hälfte der Betriebe in Deutschland bildet nicht aus. Immer mehr Jugendliche befinden sich in der so genannten Warteschleife. Bis zu 50.000 Ausbildungsplätze werden allein in diesem Jahr fehlen. Aber Betriebe, die nicht ausbilden, müssen noch immer keine Abgabe zahlen; Union und SPD lehnen das einmütig ab. Dagegen bekräftigte die neue stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock die Forderung der Gewerkschaften nach einer solchen Abgabe. „Ohne Druck entziehen sich immer mehr Betriebe“, sagte sie. Eine Kürzung der Ausbildungsvergütungen lehnt sie ab. „Wer die Ausbildungssätze kürzen will, will nur vom eigenen Versagen ablenken“, erklärte Sehrbrock in einem Zeitungsinterview.

Neue Rheinische Zeitung

Es gibt Ausbeutung, es gibt Elend, es gibt Arbeitslosigkeit, es gibt Krieg. Die Alltagserfahrung heißt: Sozialdemontage und Grundrechteabbau, Verteilung des Reichtums von unten nach oben. Wir beobachten den schleichenden Verlust der Meinungs- und Informationsfreiheit durch die fortschreitende Medienkonzentration. Auch in den öffentlich-rechtlichen Medien dominiert die Anpassung an den Mainstream.

Die NRhZ als Online-Zeitung will Akzente setzen. Die Leitlinien für die Berichterstattung sind: demokratisch, emanzipatorisch, überparteilich und aufklärend. Dazu gehören Nachrichten, die keinen Eingang in andere Medien finden.

Wöchentlich neu und kostenlos!

www.nrhz.de

Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Obwohl die Belegschaften bei Infineon in München, Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen, AEG in Nürnberg, die HafendarbeiterInnen in Hamburg und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst in den vergangenen Monaten für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gekämpft haben, ist die Streikbilanz in Deutschland ein Zeichen für wenig Kampfbereitschaft. Pro 1.000 Angestellte und Arbeiter sind in den Ländern der OECD zwischen 1995 und 2004 in jedem Jahr durchschnittlich 581 Arbeitstage durch Streik verloren gegangen. Schlusslicht ist Deutschland mit weniger als 10 Streiktagen pro Beschäftigtem und Jahr und weitem Abstand zu allen anderen. Historisch ein absoluter Tiefstand – gemessen an durchschnittlich 57 Tagen in den 70er Jahren, 29 in den 80er und noch 13 in den 90er.

Es mangelt bei Beschäftigten und Gewerkschaften an der Bereitschaft, für die Erhaltung und Verbesserung sozialer Rechte zu kämpfen. Für deutsche Arbeitnehmer gibt es aber keinen Grund zur Bescheidenheit. Die Produktivität ist in den vergangenen Jahren schneller gestiegen als im Durchschnitt aller Euro-Länder. Die Arbeitskosten sind, verglichen mit der Euro-Zone, um zehn Prozent gefallen. Deutschland hat als einziger der G-7-Staaten in den vergangenen fünf Jahren seinen Anteil am Weltexport steigern können. Aber wir haben den geringsten Lohnanstieg in ganz Europa! Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts betrug 2005 etwa 42 Milliarden Euro. Davon haben sich Unternehmen und Vermögende 40 Milliarden in die eigene Tasche gesteckt! Den kümmerlichen Rest teilten sich Arbeiter, Angestellte, Rentner und Arbeitslose. -es.

Die Herren des Geldes wollen mehr

Es ist nicht zu fassen: Die Bankangestellten haben sehr gute Leistungen erbracht und hervorragende Gewinne erwirtschaftet. Die Eigenkapitalrenditen haben sich im Durchschnitt verdoppelt. Jetzt haben die Beschäftigten einen Anspruch, an den Profiten beteiligt zu werden, genauso wie die Aktionäre und die Vorstände.

Der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes (AGV) verweigert jedoch konstruktive Verhandlungen über einen neuen Gehaltstarifvertrag. Er will die bestehenden Vereinbarungen über den Vorruhestand auslaufen lassen und diesen Bereich künftig auf betrieblicher Ebene regeln. Außerdem fordern die Herren des Geldes die tarifliche Festschreibung von Samstagsarbeit. Am 12. Juni wollen die Tarifvertragsparteien wieder zusammen kommen.

Ver.di fordert:

Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 5 Prozent für 12 Monate; Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung; Verlängerung des Vorruhestandstarifvertrages; Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für Unternehmen mit Gewinnen.

* * * *

Buchtipps

Rolf Uessler

Krieg als Dienstleistung

Private Militärfirmen zerstören die Demokratie

Chr. Links Verlag, 240 Seiten, 14,90 €

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich im vergangenen Jahrzehnt ein Beruf entwickelt, der die internationale Politik verändert: die „Neuen Söldner“. Sie sind Teil einer Dienstleistungsbranche, die weltweit boomt und mittlerweile über eine Million An-

gestellter hat. Die als „Private Militärfirmen“ agierenden Unternehmen bieten alles an, was mit Krieg und militärischer Intervention zu tun hat: von kämpfenden Einheiten und Computerspezialisten bis hin zur Versorgung der Truppen mit Waffen und Nahrung. Mit diesen Dienstleistern hat sich eine neue Art von Akteuren etabliert, die von den Nationalstaaten kaum mehr kontrolliert werden. Der Autor beschreibt den Aufstieg und die Aktivitäten dieser Firmen und warnt vor den Gefahren.

In den vergangenen fünf Jahren haben die Banken rund 80.000 Stellen vernichtet, einige planen weitere Streichungen. Aber der Unternehmerverband lehnt es ab, profitablen Banken per Tarifvertrag Entlassungen zu untersagen, weil für solche Zugeständnisse die Rentabilität des Inlandsgeschäfts zu gering sei. Die Unternehmer wollen den Tarifvertrag aufweichen und arbeitszeitbezogene Schutzvorschriften abschaffen. Zu allen gewerkschaftlichen Forderungen sagen die Unternehmer NEIN. Sie wollen weiter flexibilisieren und die Ausbeutung ihrer Beschäftigten ausdehnen.

Schon vergessen?

Jörg Wollenberg erinnert und fragt: **Arbeitsbeschaffung für Jugendliche 1932/33 – ein Modell für heute?**

Ein Gastbeitrag auf unserer Website www.weltderarbeit.de

Kommentar **Arbeitsdienst**

Es fehlen viele Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Verzweifelt suchen Arbeitslose Beschäftigung gegen Bezahlung. In ihrer Not nehmen sie oft die dreckigsten Jobs mit miserabler Entlohnung an. Aber meistens haben sie erfolglos Dutzende von Bewerbungen geschrieben und immer wieder ihre Arbeitskraft angeboten. Trotzdem werden sie oft pauschal als Sozial-Schmarotzer diffamiert. SPD und CDU/CSU wollen nun die Sanktionen weiter verschärfen. Unions-Fraktionschef Volker Kauder denkt an eine generelle Arbeitspflicht. Hartz IV-Empfänger sollen ohne Zuverdienst auf jeden Fall ein paar Stunden täglich arbeiten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, „in Deutschland bekommt man als Arbeitsfähiger eine Grundversicherung und kann den ganzen Tag im Bett bleiben“. – Wie braun muss ein Hirn sein, das sich solche Repressionen nach altem, üblichen Muster ausdenkt? Dagegen hilft nur noch ein Aufstand der Massen. Nicht nur Arbeitslose müssen das endlich begreifen.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.